

Notaufnahmen und Rettungsdienste entlasten!

"Die Überlastung der Notaufnahmen und Rettungsdienste ist ein sehr ernstes Problem", sagt Jan Bauer, MdL (CDU). "Die Kollegen sind Helden des Alltags und leisten großartige Arbeit. Wir müssen sicherstellen, dass sie ihre Arbeit in optimalen Bedingungen ausüben können. Wenn Notaufnahmen und Rettungsdienste überlastet sind, kann das im schlimmsten Fall Menschenleben kosten."

Gemeinsam mit der CDU-Landtagsfraktion fordert Jan Bauer kurzfristig Maßnahmen, die darauf abzielen, die ambulanten Behandlungsmöglichkeiten auf allen Ebenen stärker zu nutzen und Personen, die keine stationäre Notfallbehandlung bedürfen, möglichst gleich in das ambulante System zu lenken. Damit können Krankenhäuser und Rettungsdienste deutlich entlastet werden.

"Die Rettungsdienste leisten unverzichtbare Arbeit für unsere Gesellschaft. Wir dürfen sie nicht im Stich lassen. Wir müssen dafür sorgen, dass sie die bestmöglichen Arbeitsbedingungen haben", sagt Jan Bauer. "Ich bin selbst jahrelang als Sanitäter unterwegs gewesen, ich weiß, was es bedeutet, nicht rechtzeitig bei einem Patienten zu sein."

Mit dem Antrag setzt Jan Bauer sich für eine nachhaltige und langfristige Lösung der Probleme ein, um die Notfallaufnahmen und Rettungsdienste zu entlasten und die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Auszug aus dem Antrag der CDU-Landtagsfraktion:

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf

- *Sich in Absprache mit den Niedersächsischen Landkreisen und kreisfreien Städten auf ein einheitliches Dispositionssystem für die niedersächsischen Rettungsdienstleitstellen gem. der Empfehlungen des Landesrettungsausschusses Rettungsdienst (LARD) zu verständigen und dieses landesweit einzusetzen. Dazu gehört es, die Transportpflicht nach § 2 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 des Niedersächsischen Rettungsdienstgesetzes (NRettDG) auf solche Fälle zu beschränken, in denen nach medizinischer Einschätzung ein Notfalltransport erforderlich ist.*
- *Kurzfristig die Einstufung von Notfällen in den Rettungsleitstellen zu vereinheitlichen, mit dem KV-Bereitschaftsdienst zu synchronisieren und insgesamt die Zuordnung der Notfallpatienten in die richtige Versorgungsstufe durch eine stärkere Verzahnung der 116117 und der 112 zu verbessern.*
- *Den Einsatz von Gemeindefallsanitäter/innen oder gleich qualifizierter Personen durch eine Novellierung des Niedersächsischen Rettungsdienstgesetzes landesweit zu ermöglichen und durch Verzahnung und Mitfinanzierung im Rahmen des KV-Bereitschaftsdienstes die Voraussetzung für einen sektorenübergreifenden Einsatz zu schaffen.*
- *Kurzfristig durch Öffentlichkeitsarbeit eine Sensibilisierung der Patientinnen und Patienten für die Inanspruchnahme der verschiedenen Versorgungsangebote, nach dem Vorbild der Aufklärungskampagne der Freien Hansestadt Bremen, vorzunehmen.*
- *Darüber hinaus fordert der Landtag die Landesregierung auf, im Bundesrat eine Gesetzesänderung auf den Weg zu bringen, welche die dringend notwendige bundesweite Reform der Notfallversorgung, in Abstimmung mit den Rettungsdienstgesetzen der Länder, zügig angeht und in diesem Zuge eine einheitliche Grundlage schafft, die es den Disponentinnen und Disponenten in den Leitstellen ermöglicht, die verbindliche und rechtssichere Weiterleitung eingehender Notrufe in die richtige Versorgungsebene zu gewährleisten (Weisungsbefugnis).*